

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

26.10.2022

Inhalt

EWN

1 Schlechte Stimmung im Handwerk <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 26.10.2022</i>	3
2 Stillgelegte AKW: Es gibt Spielraum für Weiterbetrieb <i>DIE WELT, 26.10.2022</i>	4
3 Wie sicher ist das Endlager für Atommüll? Dirk Steffens führt uns durch den Schacht Konrad <i>rtl.de, 25.10.2022</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 26.10.2022 | S. 8

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Sebastian Schug

Schlechte Stimmung im Handwerk

Kammern fürchten wegen der hohen Energiepreise massiven Auftragseinbruch

In Folge der Energiekrise sorgt sich die Handwerksbranche um ihr Geschäft. „Auf den weiteren Konjunkturverlauf schauen die Handwerker im Lande mit wachsender Sorge“, sagte Axel Hochschild, Präsident der Handwerkskammer (HWK) Ostmecklenburg-Vorpommern, am Dienstag in Schwerin.

Der aktuelle Geschäftsklimaindex der Branche sei im Vorjahresvergleich um 28 Punkte auf rund 91 abgesackt. Das Ergebnis der Konjunkturumfrage unter über 1000 Unternehmen sei damit sogar schlechter ausgefallen als zu Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009. „Wir erleben gerade die Ruhe vor dem Sturm“, hieß es in einer Analyse der Kammern.

Grund für die Sorgen sind den Handwerkskammern zufolge hohe Energiepreise und Materialkosten sowie steigende Lohnausgaben durch die Mindestlohnanhebung. Auch wird befürchtet, dass die Nachfrage einbrechen könnte, wenn die Bevölkerung versucht, ihr Geld im Zuge der hohen Inflation zusammenzuhalten.

Laut Hochschild hat die befürchtete Entwicklung in der Baubranche bereits eingesetzt. Die Auftragslage im Bauhauptgewerbe sei im August um rund 16 Prozent zum Vorjahresmonat eingebrochen. Dies könnte dem Handwerksvertreter nach Folgen für die nachgelagerten Ausbaugewerke haben. Ähnlich sieht das auch der Präsident der HWK Schwerin, Uwe Lange: Bauvorhaben seien reihenweise aufgegeben worden, einerseits wegen der gestiegenen Preise, andererseits, weil Banken das gestiegene finanzielle Risiko nicht tragen wollen und ihre Finanzierung zurückziehen.

Dabei hatte sich die Baubranche in Mecklenburg-

Vorpommern im ersten Halbjahr erst wieder gefangen. Der Umsatz der Bau-Branche habe mit rund 845 Millionen Euro wieder deutlich über dem Vorjahreswert von rund 701 Millionen Euro gelegen, zeigen Daten des Landesstatistikamts. Auch beim Volumen der Auftragseingänge war mit 776 Millionen Euro eine deutliche Erholung von den 701 Millionen Euro im Vorjahreshalbjahr zu beobachten.

Der Umfrage der Handwerkskammern zufolge bereitet die Zukunft den Unternehmen mehr Kopfzerbrechen als die aktuelle Geschäftslage. Hochschild zufolge kam die Branche bisher gut durch die Pandemie, und auch die aktuelle Betriebsauslastung lässt noch nicht auf eine Krise schließen: 46 Prozent der von den Kammern befragten Betriebe sind demnach fast vollständig und weitere 29 Prozent zu mehr als zwei Dritteln ausgelastet. Fast die Hälfte rechne jedoch mit sinkenden Auftragszahlen, 57 Prozent mit geringeren Investitionen.

Die Handwerksvertreter fordern vor allem mehr Hilfen vom Bund. Statt des angekündigten Gaspreisdeckels solle eine umfassende Energiepreisbremse gelten, am besten sofort. Darüber hinaus weisen Hochschild und Lange darauf hin, dass Hilfen sich nicht allein an große Industriebetriebe richten dürften: „Klein- und Kleinstbetriebe sollen nicht durchs Raster fallen“, hieß es.

Die Stimmung im Handwerk im Nordosten steht im Einklang mit der Gesamtwirtschaft in Deutschland. Der viel beachtete Ifo-Geschäftsklimaindex lag mit 84,3 Punkten zuletzt auf dem niedrigsten Stand seit Mai 2020. „Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft bleibt düster“, kommentierte der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest.

Stillgelegte AKW: Es gibt Spielraum für Weiterbetrieb

Abbau von Brokdorf und Grohnde noch nicht genehmigt. FDP-Politiker: Prozess stoppen

Als der Bundeskanzler zu Beginn der vorigen Woche den Kompromiss im Atomstreit der Ampel-Koalition verkündete, blieb eine Leerstelle. Zwar stand danach fest: Die drei Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 sollen nicht, wie gesetzlich festgeschrieben, Ende des Jahres vom Netz gehen, sondern bis Mitte April 2023 weiterlaufen.

Die FDP hatte eine Laufzeitverlängerung bis 2024 gefordert, die Grünen wollten nur Isar 2 und Neckarwestheim 2 für 15 Wochen am Netz lassen. Was bei dem von Olaf Scholz (SPD) per Richtlinienkompetenz formulierten Vergleich aber keine Erwähnung fand, waren die darüber hinausgehenden Möglichkeiten. Die Liberalen bis hin zu ihrem Parteivorsitzenden Christian Lindner hatten im Vorfeld nämlich die Option ins Spiel gebracht, auch die drei bereits Ende 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke in den Blick zu nehmen.

Der FDP-Abgeordnete Frank Schäffler verfolgt diesen Weg weiter. In einer Berichtsbitte an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit erkundigte sich Schäffler nach den rechtlichen Rahmenbedingungen für einen Weiterbetrieb. Das Ressort von Ministerin Steffi Lemke (Grüne) teilte in einer Antwort nun mit, dass die Betreiber der Ende 2021 vom Netz genommenen Kernkraftwerke Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen zwar "Anträge auf Erteilung einer ersten Stilllegungs- und Abbaugenehmigung" gestellt hätten. Erteilt wurde diese Genehmigung bislang allerdings nur für das bayrische Kraftwerk in Gundremmingen. Für den Block C des dortigen AKW stimmte die zuständige Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde, das Bayerische Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz, dem entsprechenden Antrag auf "Ausnutzung der Genehmigung" am 13. April 2022 zu. Der Betreiber der Werke im niedersächsischen Grohnde und in Brokdorf in Schleswig-Holstein, das Unternehmen Preussen Elektra, hat die Anträge zwar auch gestellt. Final genehmigt aber sind sie noch nicht. "Mit der Erteilung einer ersten Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für das jeweilige AKW" sei "zum Ende des Jahres 2022"

zu rechnen, schreibt das Bundesumweltministerium in der Antwort, die WELT vorliegt. Für Schäffler ergibt sich daraus eine politische Forderung. "Niedersachsen und Schleswig-Holstein müssen diesen Prozess stoppen", sagte der FDP-Politiker. "Wir müssen alle Optionen offenhalten, um gegebenenfalls einen Weiterbetrieb zu ermöglichen."

Bleibt die Frage, ob die Wiederaufnahme des Betriebs in den stillgelegten AKWs technisch möglich wäre. Über "Informationen zu Einsatzmöglichkeiten der Brennelemente in den AKW, die Ende des Jahres 2021 abgeschaltet wurden, verfügt zunächst nur der Betreiber der jeweiligen Anlage", teilt das Umweltministerium mit. Grundsätzlich gelte: "Der Frage des Einsatzes eines Atomkraftwerks in Deutschland geht hinsichtlich des eingesetzten Kerns immer eine anlagenspezifische Prüfung voraus." Die Prüfung eines Reaktorkerns durch die Aufsichtsbehörden erfolge "auf der Basis von diesbezüglichen Unterlagen, die von dem jeweiligen Betreiber bei seiner atomrechtlich zuständigen Landesaufsichtsbehörde eingereicht werden." Dabei würden aktueller Anlagenzustand, zulässige Anfahrtswege und die "Unbedenklichkeit des Kerns während des geplanten Zyklus aus Sicht der nuklearen Sicherheit" geprüft.

Bereits im Sommer hatte Joachim Bühler, Geschäftsführer des TÜV-Verbands, der "Bild"-Zeitung gesagt, die Meiler in Brokdorf und Grohnde seien "sicherheits-technisch dazu in der Lage, weiterbetrieben zu werden". Da der Rückbau noch nicht begonnen habe, seien dazu lediglich "einige Prüfungen und Sicherheitschecks" durchzuführen. Wie schnell das gelingen könne, sei "vor allem eine Frage des politischen Willens".

Während die Genehmigung des Abbaus Sache der Aufsichtsbehörden in den Ländern ist, müsste über eine tatsächliche Reaktivierung der Atomkraftwerke der Bundestag entscheiden. Eine schnelle Initiative der Ampel-Fraktionen zur Änderung des Atomgesetzes ist jedoch nicht zu erwarten. Nach dem gerade gefundenen Kompromiss will offenbar auch die FDP zunächst

den Verlauf der nächsten Monate abwarten, um sich dann gegebenenfalls für den nächsten Winter zu positionieren. "Dass wir uns als FDP mehr vorstellen können, ist bekannt", sagte Justizminister Marco Buschmann gerade WELT AM SONNTAG. "Weil man nicht weiß, was morgen passiert, sollte man möglichst viele Optionen in den Händen behalten. Diese Auffassung bringt die FDP in die Regierung ein, nicht breit

in der Öffentlichkeit, sondern seriös und diskret in internen Gesprächen." Er persönlich halte es für richtig, so Buschmann, "dass man in einer Ausnahmesituation von einem grundsätzlich richtigen Atomausstiegfahrplan abweichen und Ausstiegsdaten um ein oder zwei Jahre verschieben muss."

"Wir müssen alle Optionen offenhalten." - Frank Schäffler, FDP-Bundestagsabgeordneter



rtl.de | 25.10.2022

Sarina Sprengelmeyer, Aristotelis Zervos

WEBLINK

Wie sicher ist das Endlager für Atommüll? Dirk Steffens führt uns durch den Schacht Konrad

Eigentlich war die Abschaltung aller deutschen Atomkraftwerke beschlossene Sache. Aber wegen der durch den Ukraine-Krieg hervorgerufenen Energiekrise wird eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten immer wahrscheinlicher. Das bedeutet auch: noch mehr Atommüll. Und der muss irgendwo gelagert werden. Bislang gibt es in Deutschland nur Zwischenlager. Das erste Endlager für schwache und mittelradioaktive Abfälle ist noch im Bau. Aber wie sicher ist der Atommüll dort aufgehoben? Geo-Experte Dirk Steffens führt uns durch den Schacht Konrad in der Nähe von Salzgitter.

30 Kilometer Wegenetz im Schacht Konrad

Vom Bergwerk zur Lagerstätte für radioaktiven Müll. Wo früher Eisenerz gefördert wurde, baut die Bundesgesellschaft für Endlagerung mitten in Niedersachsen seit 2007 Deutschlands erstes nach Atomrecht genehmigte Endlager. „Warum hier? Über mir ist eine wasserdichte Tonschicht, mehrere hundert Meter dick. Also es ist hier unten trocken und außerdem Erdbebenzone Null. Nach menschlichem Ermessen wird hier erstmal nichts passieren“, erklärt Geo-Experte Dirk Steffens.

Um den kontaminierten Müll sicher zu lagern, wird der Schacht komplett saniert und zusätzlich mit einer Betonschicht ausgekleidet. Außerdem schaffen die Arbeiter unter Tage in rund 850 Metern Tiefe die nötige Infrastruktur. „Durch diesen Schacht wird der Atommüll dann später ins Bergwerk gebracht. Hier wird er verladen auf Fahrzeuge und dann in die Endlagerstätten transportiert. Kann ein langer Weg sein. Hier unten das Wegenetz: fast 30 Kilometer lang“, zeigt Dirk Steffens im Video.

Es ist genug Platz, um schwachen und mittelstrahlenden Abfall aus allen deutschen Kernkraftwerken hierher zu bringen. Allerdings auch nur den. 303.000 Kubikmeter Atommüll werden hier unten einmal Platz haben. Der hochradioaktive Müll der Atomkraftwerke, dazu gehören etwa die ausgedienten Brennelemente – soll nicht im Schacht Konrad gelagert werden.

Nur ein Prozent der Strahlung kann eingelagert werden

Auf seine Eignung als Atommüllendlager wird der Schacht bereits seit 1976 untersucht, ungefähr genauso lang protestieren Anwohner und Atomkraftgegner gegen das geplante Lager. Gebracht hat es nichts. 930 Millionen Euro sind bis heute in Planung und Erkundung geflossen. 4,2 Milliarden Euro kostet der Bau des Endlagers. Bezahlt wird der zu zwei Dritteln von den Energieversorgungsunternehmen und zu einem Drittel vom deutschen Steuerzahler.

Doch das Atommüll-Problem löst auch das deutsche Endlager nicht. „Volumenmäßig können wir hier unten zwar ungefähr neunzig Prozent unsere Atomschrotts entsorgen, aber nur ein Prozent der Strahlung. Wohin wir mit dem Rest sollen, also mit dem wirklich gefährlichen Zeug, dafür gibt es bisher keinen Plan“, erklärt Dirk Steffens. 2027 soll mit der Einlagerung im Schacht Konrad begonnen werden. Mehrere 100.000 Jahre, so die Hoffnung der Experten, soll der Atommüll hier sicher lagern können.

Folgen der Energiekrise - Deutschland vor dem Blackout?

Deutschland steckt in einer Energiekrise. Der Krieg in der Ukraine zwingt die Bundesregierung dazu, auf alternative Energiequellen auszuweichen. Dabei rücken auch nationale Ressourcen in den Fokus. Doch helfen heimisches Gas und Öl durch den Engpass? Die Dokumentation „Folgen der Energiekrise - Deutschland vor dem Blackout?“ auf RTL+ wirft einen Blick auf den Energiemarkt und lässt Experten zu Wort kommen. Sie bewerten u.a. den Umgang mit Kohle und Kernkraft und erklären, was den Ausbau von erneuerbaren Energien bremst.